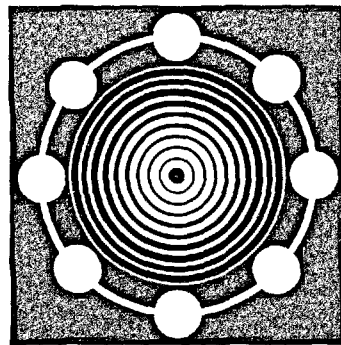


Arbeitskreis aktuell

Mitteilungen des Grundschulverbandes

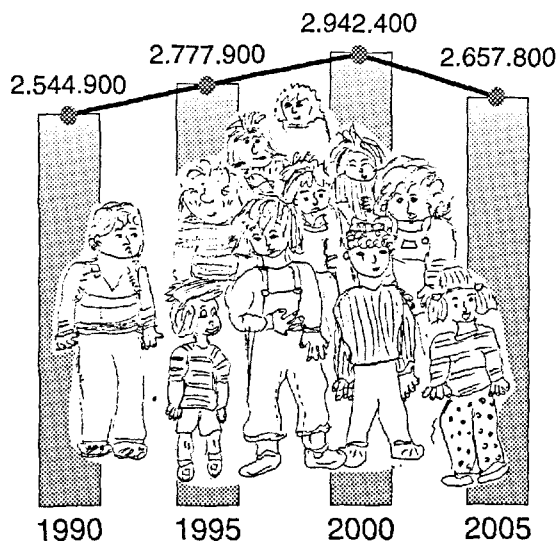
Arbeitskreis Grundschule – Der Grundschulverband e.V. – Schloßstraße 29 • 60486 Frankfurt/Main



Die Zahl der Kinder in der Grundschule nimmt noch auf Jahre hin ständig zu. Ursachen sind wachsende Geburtenzahlen (in den alten Bundesländern), Zuzüge aus anderen Ländern mit ausländischen und ausgesiedelten Kindern, asylsuchende Kinder. Für die zuletzt genannten Gruppen können gar keine Prognosen gegeben werden; deshalb weist die Wachstums-Prognose der Kultusministerkonferenz (KMK) – siehe Schaubild – auch zu wenige Kinder aus. Es werden noch mehr Kinder sein.

Mehr Kinder müßte auch heißen mehr Lehrerinnen und Lehrer. Doch wie finanzieren und gleichzeitig sparen? Am Beispiel der Stundentafel soll in diesem Heft deutlich werden, wie pädagogisch bedenkenlos und rechnerisch trickreich z. T. hierbei vorgegangen wird. Und wie notwendig Grundschulkinder kompetente und einflußreiche Fürsprecher brauchen.

By



Entwicklung der Schülerzahlen in der Grundschule (bezogen auf die alten Bundesländer)

Quelle: KMK Prognose 1989

Vom Umgang mit Stundentafeln

Mehr Kinder – weniger Unterricht ?

Vor allem drei Stellgrößen entscheiden über Finanzbedarf und Kapazitäten im Schulbereich:

1. die Stundentafel (wie viele Stunden stehen einer Klasse zu?)
2. der Klassenteiler (ab wann muß eine Klasse geteilt werden?), Regelungen zum «Unterfrequenzabzug» (wie viele Stunden sind bei kleinen Klassen vom Soll abzuziehen?)
3. die Wochenstundenzahl der Lehrerinnen und Lehrer (wie viele Stunden stehen insgesamt zur Verfügung?)

Wenn mehr Kinder in die Schule drängen und neue Aufgaben zu erfüllen sind, muß mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Kann dies nicht geschehen, bleiben drei Wege, die allesamt die pädagogische Qualität der Schule beeinträchtigen:

- Kürzung der Stundentafeln bedeutet weniger Zeit für Kinder
- Erhöhung des Klassenteilers oder Manipulation an den entsprechenden Zahlenwerten ziehen größere Klassen nach sich
- hohe Deputate stehen für überanstrengte, weniger gut vorbereitete, wenig motivierte Pädagog/innen.

Beispiel Baden-Württemberg:

Zunächst Status quo für Grundschulen ...

Mit ihrer Stundentafel liegt die baden-württembergische Grundschule, verglichen mit anderen Bundesländern, im mittleren bis oberen Bereich. Kürzungen wären trotzdem unpopulär, da das Land auf seine Schulen und die dort geleistete Arbeit stolz ist und darin einen Wachstumsfaktor sieht. Die Klassengröße wird über den Klassenteiler 33 reguliert, d. h. erst ab 34 Kindern kann die Klasse geteilt werden. Der Klassenteiler führt vor allem in Innenstadt- und Ballungsgebieten zu unverhältnismäßig großen, oft außerdem noch schwierigen Klassen. Mit dieser Obergrenze liegt Baden-Württemberg erheblich höher als andere Bundesländer, in denen z. B. Regelgrößen von 25 Kindern +/- 10 % gelten (was freilich Stundenabzüge nach sich ziehen kann).

Am oberen Ende der Skala liegen auch die baden-württembergischen Lehrerinnen und Lehrer mit ihrer Wochenstundenzahl von 28 Stunden in der Grund- und Hauptschule. Dazu hat beigetragen, daß der arbeitszeitwirksame Abschluß im öffentlichen Dienst vor einigen Jahren nur in einer Sparversion an die Lehrerinnen und Lehrer weitergegeben wurde: Statt kürzerer Wochenarbeitszeiten erhielten sie lediglich drei zusätzliche Ferientage.

Diese vom damaligen Kultusminister Mayer-Vorfelder zu verantwortende Maßnahme, die erheblichen Widerstand von Eltern, Schülern und Lehrern weckte, führte zu anhaltenden Verstimmungen, verstärkte aber auch die Einsicht, daß die Lehrer/innen nach über 20 Jahren mit gleichem Deputat eine Kürzung brauchen. Die nach den Landtagswahlen im März 1992 notwendig gewordene große Koalition schrieb die Deputatkürzung aller Lehrer um je eine Woche fest. Zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung und der steigenden Schülerzahlen wurden im Doppelhaushalt 1993/94 2.000 neue Stellen im Schulbereich vereinbart.

Auch die derzeitige Lehrplanfortschreibung ist in diesem Zusammenhang zu

sehen: Mit den inhaltlichen Umgewichtigungen und der neuen Lehrplanstruktur (Jahrgangspläne statt Fachpläne) verbunden ist die Kürzung der Wochenstundenzahl in allen Klassenstufen der weiterführenden Schulen – nicht jedoch in der Grundschule. Dort sollte die Stundentafel, die z. B. in Klasse 1 22 Stunden (einschließlich 2 Förderstunden) vorsieht, erhalten bleiben.

... dann kam auch die Grundschule unter Druck

Ende 1992 wurde deutlich, daß Stundentafelkürzungen und neue Lehrerstellen die Kürzung der Wochenarbeitszeit und die steigenden Schülerzahlen nicht kompensieren können – die Rede war von einem Fehlbedarf von 700 Stellen. Damit kam auch die Grundschule unter Druck. Vor allem von seiten eines bildungspolitisch aktiven Abgeordneten der stärksten Landtagsfraktion wurden immer wieder Über-

durchsicht als eine offene Kürzung bei den Kleinen, die vielen Wählern kaum verständlich zu machen wäre.

Aktiv werden für die Grundschule

Angesichts dieser Lage schrieb die baden-württembergische Landesgruppe des AKG-Grundschulverbandes einen Brief u. a. an die Landeselternbeiratsvorsitzende und die bildungspolitisch Verantwortlichen in den vier Landtagsfraktionen der CDU, SPD, Grünen und FDP. Auch die anderen im Grundschulbereich tätigen Verbände (GEW, VBE und die Aktion Humane Schule e. V.) ließen keinen Zweifel, daß eine Kürzung in der Grundschule auf ihren entschiedenen Widerstand stoße. Anzeichen deuteten darauf hin, daß auch das Kultusministerium gegen eine Kürzung in der Grundschule ist. In dieser Weise hatte sich die Kultusministerin Dr. Schultz-Hector bereits im Januar 1992 geäußert.

Auf den Brief des AKG erfolgten mehrere Reaktionen. Am schnellsten antwortete der Abgeordnete der CDU-Fraktion. Bereits im März 1993 suchten ihn Magdalene Haug, Beisitzerin im Landesgruppenvorstand, und die baden-württembergische Vorsitzende Gabriele Faust-Siehl auf und führten ein längeres Gespräch. Der bildungspolitische Sprecher der FDP erklärte sich bereit, die Argumente des AKG in der



Prof. Dr. G. Faust-Siehl,
Vorsitzende im Landesvorstand
Baden-Württemberg und Mitglied
des Bundesvorstandes



Magdalena Haug,
Beisitzerin im Landesvorstand
Baden-Württemberg

legungen öffentlich gemacht, den Unterricht in Klasse 1 um eine Stunde oder im ersten Halbjahr um zwei Stunden zu kürzen. Begründet wurde dies u. a. damit, daß so ein «leichterer» Übergang vom Kindergarten in die Grundschule möglich sei.

Für viel Aufregung sorgte ein weiterer Vorschlag, die zwei Förderstunden in Klasse 1 nicht mehr aus der Normalzuweisung, sondern aus der von den zur Verfügung stehenden Lehrkräften abhängigen und jährlich schwankenden Sonderzuweisung zu bestreiten. Da die Stunden in diesem «Ergänzungsbereich» allmählich «gegen Null» gehen, wäre dies de facto doch der Kürzung von zwei Stunden in Klasse 1 gleichgekommen. Ein derart «verpackter» Vorschlag kann allerdings von der Öffentlichkeit wohl weniger leicht

Anhörung zur Lehrplanfortschreibung im Landtagsausschuß für Schule, Jugend und Sport vorzubringen. Die bildungspolitische Sprecherin der Grünen erfragte bei der Kultusministerin den Diskussionsstand. SPD und Grüne versicherten, die Argumente des AKG zu teilen und für den Erhalt der Unterrichtszeit in der Grundschule einzutreten. Im Zusammenhang mit diesen Bemühungen wurde dem AKG avisiert, daß er zur Anhörung im Landtagsausschuß eingeladen würde (was schließlich doch nicht erfolgte). Die Landeselternbeiratsvorsitzende antwortete nicht.

Derzeit – Juli 1993 – sind die Kürzungen der Stundentafel der Grundschule vom Tisch. Allerdings geht aus den Anweisungen zur Lehrerstundenzuwei-

sung hervor, daß Klassen bis 19 Schüler von vornherein eine Stunde weniger erhalten. Für größere Klassen erhält die Schule die zur Deckung der Stundentafel notwendigen Stunden bzw. entsprechend der Schülerzahl der Klasse sogar mehr. Da aber über dieses Quantum hinaus auf keinerlei weitere Stunden Anspruch besteht, müssen die verfügbaren Stunden für alle Maßnahmen eingesetzt werden, die auf Schulebene notwendig sind: Dazu gehören alle Förderstunden für Kinder mit anderer Muttersprache oder Schwierigkeiten beim Schriftspracherwerb, Religionsstunden bei ungünstiger Verteilung der Konfessionen, alle Arbeitsgemeinschaften wie Chor oder Instrumentalkurs, Kooperationsmaßnahmen u. w. m. Große Klassen erhalten so keine Teilungsstunden mehr, bei kleineren Klassen sieht es für die gesamte Schule schlecht aus, wenn sie über den «nackten Pflichtbereich» hinaus etwas anbieten will oder muß. *Zwar bleibt also die Stundentafel in Kraft, aber die eigentlich erforderlichen Stunden erhalten die Schulen trotzdem nicht. Verschiedentlich sind außerdem Befürchtungen zu hören, daß der hohe Klassenteiler noch hinaufgesetzt werden könnte.*

Wer macht die Politik?

Wesentliche Weichenstellungen erfolgen in einem schwer durchschaubaren Tauziehen zwischen den betroffenen Ressorts der Landesregierung und den Zuständigen in den Fraktionen der Regierungskoalition. Mehr oder weniger «außen vor» bleiben dabei auch die Oppositionsfraktionen. Viele Entscheidungen werden damit letztlich im nicht-öffentlichen Raum getroffen.

Im hier berichteten Beispiel gaben wohl doch die sachlichen Gründe den Ausschlag dafür, daß den Kindern die volle Unterrichtszeit erhalten bleibt. In einer immer enger werdenden Finanzsituation wächst jedoch die Gefahr, daß Entscheidungen allein auf der Grundlage bereits vorab gesetzter partei-, in zweiter Linie auch verbandspolitischer Prioritäten getroffen werden. Mit den sich verkleinernden Spielräumen verhärten sich die Positionen. Dies gefährdet die Sachdiskussion und die Prüfung von – möglicherweise auch unkonventionellen – Alternativen, die bei der eigenen Klientel oder bei Teilen davon auf Unverständnis treffen könnten. Gerade in kritischen Situationen muß die Prüfung der Sachlage und die Suche nach der sachlich geforderten Lösung Priorität behalten!

Die Grundschule, das Fundament des Bildungswesens: vernachlässigt, verkannt, abgespeist

Bei allzu vielen Verantwortlichen ist noch immer die folgende gefährliche Denkstruktur anzutreffen: *Schule für kleine Kinder = wenig Wirkung und wenige Probleme, deshalb auch wenig Aufmerksamkeit, wenig Geld, kleine Lösungen.* Daß Fundamente solide sein müssen, Fehler nicht korrigierbar sind und hier Versäumtes oft irreparabel ist, muß immer wieder erst den Vorurteilen entgegen gesetzt werden. Für das Kind steht die Grundschule am Anfang seines schulischen Bildungsweges. Angesichts auseinanderdriftender Lebensmuster hat der Weimarer Auftrag, Schule für alle Kinder zu sein, noch größere Bedeutung gewonnen. Alle anderen Schulen sind auf die Leistungen der Grundschule angewiesen. Sie verdient daher die gleiche Aufmerksamkeit und den gleichen Einsatz!

Gabriele Faust-Siehl/Magdalena Haug